Begründung

Allgemeiner Teil

Mit der vorliegenden Verordnung wird die Verordnungsermächtigung gemäß § 29 Abs. 2 des Pfandbriefgesetzes – PfandBG, BGBl. I Nr. 199/2021, ausgeübt. Die FMA kann durch Verordnung Inhalt, Gliederung, Stichtage und Fristen der Übermittlung für die Berichte und Meldungen gemäß § 29 Abs. 1 PfandBG sowie ein von § 29 Abs. 1 PfandBG abweichendes Meldeintervall für die Übermittlung einzelner Bereiche festsetzen. Die Datenübermittlung zu jenen Ziffern des § 29 Abs. 1 PfandBG, welche deskriptive Angaben umfassen (Z 3, 4, 8 und 11), soll im Rahmen der Incoming-Plattform der FMA erfolgen; eine entsprechende Novelle der FMA-Incoming-Plattformverordnung – FMA-IPV, BGBl. II Nr. 184/2010, befand sich bis 11. August 2022 in Begutachtung. Im Sinne der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wird mit der vorliegenden Verordnung für deskriptive Angaben gemäß § 29 Abs. 1 Z 3, 4, 8 und 11 PfandBG ein jährliches, somit ein längeres als das in § 29 Abs. 1 PfandBG festgelegte quartalsweise Berichtsintervall festgelegt, da eine quartalsweise Übermittlung von grundsätzlichen Darstellungen nicht erforderlich ist.

Besonderer Teil

Zu § 1:

Diese Bestimmung regelt den Zweck der Verordnung.

Zu § 2:

Diese Bestimmung legt – abweichend von § 29 Abs. 1 PfandBG – die Berichtsfrequenz, Berichtszeiträume und die Übermittlungstermine der Berichte gemäß § 29 Abs. 1 Z 3, 4, 8 und 11 PfandBG fest. In der vorliegenden Verordnung wird eine jährliche Übermittlung normiert. Die Berichte gemäß § 29 Abs. 1 Z 3 PfandBG (Darlegung der Einhaltung der Anforderungen an die gruppeninternen Strukturen gemäß § 13 PfandBG), Z 4 (Darlegung der Einhaltung der Anforderungen an die gemeinsame Finanzierung gemäß § 14 PfandBG) und Z 11 (Bedingungen für mögliche Fälligkeitsverschiebungen gemäß § 22 PfandBG) sind zu übermitteln, wenn von den in diesen Ziffern genannten Bestimmungen Gebrauch gemacht wird und sich seit der letzten Übermittlung inhaltliche Änderungen ergeben haben. Die Berichte gemäß § 29 Abs. 1 Z 8 PfandBG (Arbeitsweise des Treuhänders zur Überwachung des Deckungsstocks gemäß § 18 PfandBG) sind jedenfalls jedes Jahr zu übermitteln. Die Berichtspflichten gemäß § 29 Abs. 1 Z 3, 4 und 11 PfandBG beziehen sich nur auf jene Emissionen, welche ab dem 8. Juli 2022 erfolgen.

Zu § 3:

Inkrafttretensbestimmung.